

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 388

Poincaré in Charleville.

Die gestrige Rede.

für „praktische Lösungen“. — Die Verträge unantastbar.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 20. August.

Es gibt in Frankreich Leute, die in der Rede, die Poincaré in Charleville gehalten hat, ein Bekenntnis zum Frieden und zur Verständigung sehen wollen. Und das deshalb, weil Poincaré vielleicht wirklich zum erstenmal in einer öffentlichen Rede Schmädhungen gegen Deutschland unterlassen und sich zu der Ansicht bekannt hat, daß es nunmehr sei, die zweifelhafte Kontroverse zu begraben und an einer praktischen Lösung der Probleme zu arbeiten, an der alle europäischen Nationen in gleicher Weise interessiert seien. Was aber hat Poincaré selbst dieser Lösung Positives beigetragen? Alles, was aus seinen Erklärungen herauszulassen vermag, ist dies: Frankreich ist bereit, sich mit seinen Alliierten zu verständigen und mit Deutschland einen „Frieden“ zu schließen, unter Voraussetzung, daß die Alliierten und Deutschland sich zu Anträgen und der Politik Frankreichs bekennen wollen, die Londoner Note sei gewendet, hat Herr Poincaré der tiefsten Täuschung Ausdruck gegeben, die man in Frankreich darüber finden könnte, daß die zur Abwehr der gemeinsamen Gefahr geschlossenen Bündnisse mit West- und Oststaaten nur kurze Zeit gedauert und sich den schweren Erschütterungen der gegenwärtigen Krise gegenüber als wenig widerstandsfähig erweisen hätten. Er appelliert gegen die „Aussicht“ der Regierungen, die den Verwirklichung eines nationalen Geistes zu erliegen drohen, an die Völker, deren wahre Interessen er durch die Aufrechterhaltung der Kriegsbündnisse gefährdet werden könnten.

Der allzu offensündige Widerspruch zwischen solchen Worten und seinen bisherigen Taten scheint aber selbst Poincaré nicht entgangen zu sein. Denn um ihn zu erklären, greift er zu dem dem Zeitartikler des „Temps“ hinsichtlich bekanntem Mittel, dem öffentlichen Worte klar zu machen, daß das Kabinett Baldwin in englischen Interessen bisher völlig verblende habe. Die englische Regierung, versichert Poincaré, befindet sich in einer schweren Lage, wenn sie sich einbildet, daß die Arbeitslosigkeit die direkte oder indirekte Wirkung der Ruhrbesetzung sei. Anhand der englischen Handelsstatistik versucht er zu beweisen, daß England im Gegensatz zu der französischen Aktion beträchtlichen Nutzen gezogen habe, der allerdings vielleicht noch größer gewesen sein würde, wenn England sich dem französischen Vorgehen angeschlossen hätte. Den englischen Protest gegen die Besetzung der Ruhr besetzung erklärte Poincaré für wenig glücklich. Man sei es sei nur allzu leicht, die englischen Argumente an dem des Friedensvertrages sowie der früheren, von der Gesamtheit der Alliierten einschließlich Englands gemeinsam abgegebenen Erklärungen zu wiederlegen. Deshalb, so fährt er fort, würde man besser daran tun, Kontroversen dieser Art beiseite zu stellen und sich an praktischen Lösungen zu machen. Europa würde sein moralisches und wirtschaftliches Gleichgewicht nicht eher wiederfinden als am Tage, wo der Friede auf solider Basis errichtet und die Herrschaft der Gerechtigkeit gesichert sei. Ein solcher Friede aber habe die lokale Durchführung der unterzeichneten Verträge und eine gerechte Wiederverteilung der angegriffenen Schäden zur Voraussetzung. Das ist das einzige Ziel Frankreichs; da im Grunde auch England nichts anderes wolle, gebe er die Hoffnung auf eine Verständigung nicht auf.

Die noch von den gestrigen Morgenblättern angekündigte Antwort auf die Antirübrrede des neuen deutschen Reichspräsidenten ist Poincaré vollständig geblieben. Er hat sie mit keinem einzigen Worte erwähnt.

Wortfalle gegen die neue deutsche Regierung hat er vermieden. Nur im Zusammenhang mit einer Verwahrung gegen den Vorwurf des Imperialismus kam er auf eine Rede zurück, die Stresemann kurz vor der Übernahme der Kanzlerschaft im Reichstage gehalten hat. Er suchte die Stresemannsche Bemerkung, daß das heutige Frankreich in den Fußstapfen Napoleons wandele und daß deutsche Volk und seine Seele nicht vertriebe, zu widerlegen. Er gab zu, daß die Politik Napoleons den deutschen Ländern gegenüber nicht immer sehr glücklich gewesen sei. In Wahrheit aber sei es der „Geist der Revolution“, den „Preußen-Deutschland“ im ihm bekämpft habe, von dem Lage an, da der Freiherr v. Stein im ihm nationalen Gedanken des werdenden Deutschland auf den Pfaden des preußischen Militarismus aufbaute, und dem der Feind des Militarismus und Kommerz sich zum Kampfe gegen die von Frankreich kommenden modernen Ideen bekennen hätte. Napoleon habe man vor allem den Sohn der großen Revolution geholt! Bis zum Jahre 1870 habe Frankreich die Fortschritte Deutschlands auf dem Wege zur Einheit ohne Mißgunst verfolgt. Das sei erst anders geworden, als Deutschland, um diesen Zusammenstoß zu beschleunigen und zu beschleunigen, nicht davor zurückgeschreckt sei, zwei Provinzen gegen den Widerstand ihrer Bevölkerung zu unterwerfen und sich einzuverleiben. 44 Jahre lang habe dieses Verbrechen als die größte Beleidigung des Friedens auf Europa gelistet, und als im Jahre 1914 die Wunde des Friedens auf Europa gelistet, und als im Jahre 1914 Deutschland „in einem neuen Anstöße von Größenwahn Belgien und Frankreich überfallen“ habe, da habe nicht einer der Alliierten das Recht Frankreichs auf die Rückeroberung von Elsaß und Lothringen zu bestritten vermocht. Das beweise, daß das Verlangen sich seit 1870 über die Ungerechtigkeit nicht zu beklagen vermocht habe, und die Lehre der Geschichte konnte von niemand vergessen werden. Ebensoviele wie ein auf die Ungerechtigkeit gegründeter Frieden von Bestand sein konnte, könne es ein Frieden sein, den man auf den Prinzipien der Gerechtigkeit (!) habe aufbauen wollen, den man aber nach und nach aus diesen Prinzipien

herausgerissen lasse. Deshalb könne es Frankreich nicht zulassen, daß man an die Verträge rühre. Die einzige vernünftige und friedliche Politik sei die des Respekts vor den eingegangenen Verpflichtungen, der erzwungen werden müsse, wo er nicht freiwillig vorhanden sei.

Den offiziellen Text entnehmen wir noch den Wortlaut der folgenden Rede:

„Die Bündnisse haben den Krieg überlebt. Die Alliierten konnten hoffen, daß das Monument, das sie mit ihrem Blut errichtet hatten, weiter aufrecht bestehen würde, unerschütterlich und nicht zu erschüttern. Die Nationen aber, die Menschen begreifen bei großen Zusammenbrüchen und großen moralischen Krisen die Notwendigkeit einer Eingung besser, als wenn sie sich im Bunde herzlicher Freundschaft und der Wiedergenehmigung befinden. Die Italiener haben ein Sprichwort, das auf die ganze Menschheit angewandt werden könnte: Passato il pericolo, gabbato il santo. Das bedeutet, man könne von der Freundschaft sagen, daß sie selbst wenn sie feierlich verkündet wird, bisweilen ein wenig vernachlässigt wird, wenn der erste Ansturm darauf fällt. Die öffentliche Meinung der Völker muß gegen solche Vernachlässigung des Geistes sich auflehnen.“

Wenn der Bund uns das Leben gerettet hat, wenn er das Leben nicht nur Frankreichs allein, sondern aller Alliierten insgesamt und jedes einzelnen insbesondere gerettet hat, dann ist es nicht möglich, daß, wenn das Leben gerettet ist, der Bund ummüht wird. Was uns Franzosen anbetrifft, so würden wir jede Tat und jedes Wort für ein Verbrechen halten, das darauf ausginge, diesen Bund zu stören oder zu lockern. Wir haben alle Anstrengungen gemacht und werden das weiter tun, um unsere Politik der aller unserer Verbündeten anzunähern, und wir werden immer bereit sein, mit ihnen nach den Möglichkeiten zu suchen, die eine gemeinschaftliche Aktion ihren Leiden bringen könnte. England, das ich beklage über eine lange und schwere Arbeitslosigkeit. Wie sollten wir nicht den Wunsch haben, zu sehen, daß England seine wirtschaftliche Tätigkeit in vollem Umfang wieder aufnimmt? Wir erlauben uns nur den Gedanken, daß die englische Regierung sich fürcht, wenn sie sich einbildet, daß diese Arbeitslosigkeit eine direkte oder indirekte Auswirkung der Ruhrbesetzung ist.“

Als ich mich im letzten Jahr um diese Zeit in London befand, fanden wir nicht im Ruhrgebiet. Es gab aber in England und in Schottland mehr Arbeitslose als heute. Greifer wir übrigens nach den letzten Handelsstatistiken, die die englische Regierung veröffentlicht hat. Sie zeigen, daß nach unserem Einmarsch ins Ruhrgebiet, d. h. seit Januar bis Ende Juli, die Ausfuhr und Einfuhr Großbritanniens an Gewicht und Wert die der ersten sieben Monate des Jahres 1922 übertrafen hat. Ja, noch mehr. Der Transit durch England, d. h. das, was das meiste Interesse für die englische Schifffahrt hat, hat im Vergleich zu der Güterausfuhr des Jahres 1922 um 18,5 v. H. zugenommen. Ich schließe daraus nicht, daß England aus der Ruhrbesetzung einen Vorteil gehabt hätte. Ich hätte gewollt, daß es einen größeren Nutzen davon gehabt hätte, und zwar an unserer Seite, und ich habe das Recht, jetzt auszusprechen, daß wenn es in England Arbeitslose gibt, General Degoutte wirklich gar nichts damit zu tun hat. Ebensoviele ist es, glaube ich, ein glückliches Argument, die Gesamtmäßigkeit unserer Pfandergreifung zu bestritten. Es ist zu einfach, darauf mit dem eigenen Text des Friedensvertrages und mit früheren gemeinschaftlichen Erklärungen aller Alliierten einschließlich Englands zu antworten, statt vielmehr Streitigkeiten dieser Art zu entfesseln. Würden wir, die einen wie die anderen, nicht viel besser daran tun, praktische Lösungen für Probleme zu suchen, an denen jeder von uns interessiert sein muß? Europa wird sein wirtschaftliches und moralisches Gleichgewicht erst an dem Tage wiederfinden, an dem der Friede in Europa auf solider Grundlage wiederhergestellt ist. Nur verlangt der Friede die lokale Ausführung der unterzeichneten Verträge und die Gerechtigkeit der vollständigen Reparationen des angegriffenen Schadens. Frankreich verlangt nichts anderes. England kann nichts anderes wollen. Wir werden uns also schließlich verständigen müssen. Habe ich nicht recht? In dem wir auf unserem Wege fortfahren, hoffen wir durchaus, uns niemals von unseren Alliierten zu entfernen, und wir sind sicher, daß wir nicht nur für das Wohlergehen Frankreichs, sondern auch für den Wiederaufbau Europas wirken.“

Die Hindernisse einer Verständigung.

Ein italienisches Urteil.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 20. August.

Die Unmöglichkeit einer französisch-deutschen Annäherung legt ein Zeitartikel der „Stampa“ dar. Wie könnte die heutige französische Regierung eine Politik französisch-deutscher Verständigung einleiten, während sie in Worten und Taten alles aufbietet, um die Kluft zwischen beiden Völkern immer mehr zu erweitern? Jede der zahllosen Reden Poincarés gegen Deutschland, das heißt gegen einen Staat, mit dem Frankreich seit dem 10. Januar 1920 im Frieden lebt, hätte in anderen Zeiten nicht einen, sondern zehn Rufe hervorgebracht. Soviel Intuition und Hohn enthalten diese Reden. Glauben die Herren vom „Temps“, daß dies die geeigneten Mittel seien, um eine französisch-deutsche Einigung zu erzielen? Wenn sie es glauben, scheinen sie nationale Ehre und nationale Würde für ein französisches Monopol zu halten und die Deutschen als unzulässiges wildes Volk zu betrachten. Die französischen Irrtümer sind Verbrechen, und diese Verbrechen werden gebüßt. Darum die Unmöglichkeit direkter Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. Herr Poincaré, der an jedem Sonntag die Glocke der Rhetorik läutet, hat gestern dreimal in jenem Charleville gesprochen, in dem sich während des Krieges das kaiserliche Hauptquartier befand. Da heute oder morgen die französische Antwortnote in London überreicht werden soll und seit der vorigen Sonntagsrede eine neue Regierung in Deutschland das Kabinett Cuno abgelöst hat, wurde der Akt in Charleville mit einer Aufmerksamkeit erwartet, die man sonst diesen Kundgebungen nicht mehr entgegenbringt. Die Pariser Presse hatte das Kabinett Stresemann mit ungewohnter Höflichkeit empfangen und es eingeladen, sich zu direkter Verständigung mit Frankreich zusammenzufinden, statt auf das ohnmächtige England zu vertrauen. Leider klangen die Mitteilungen über den Inhalt der französischen Note, über die Grundlagen der Verständigung, nicht gerade ermunternd und zum mindesten sehr widersprüchlich. Das, was Herr Poincaré gestern in Charleville gesagt hat, verbreitet auch kein Licht. Man hat ein Kriegesdenkmal, nicht die französischen Absichten enthüllt. Der erste Teil der Rede war ein Appell an die Alliierten, an England besonders, ein Appell zu gegenseitigem Vertrauen und zur Einigkeit. Eine gewisse Gefühlsnote ist bemerkbar, und man will, kann man in der Erklärung, die französische Politik werde „alle Anstrengungen“ machen, um sich der Politik aller Verbündeten zu nähern, eine Anbändigung von Zugeständnissen sehen. Wie aber reimt sich damit der eingeschobene Satzteil „indem wir auf unserem Wege fortfahren“ zusammen? Will Frankreich sich den Alliierten durch Fortschrittlichkeit auf einem Wege nähern, auf dem es sich doch gerade von diesen Alliierten entfernt? Einem anderen Satze, der besagt, daß „ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Friede nur gefährlich und zerbrechlich sein“ könne, stimmen wir zu. Wenn Herr Poincaré versichert, daß die öffentliche Meinung der Welt immer mehr Frankreichs Verhalten verurteile, so muß man fragen, warum er dann dem vom Kabinett Baldwin vorgeschlagenen Schiedsgerichtverfahren auszuweichen sucht. Im zweiten Teile seiner ziemlich kurzen Rede beschäftigte Herr Poincaré sich mit dem Vergleich, den Stresemann zwischen der heutigen französischen Politik und der Politik Ludwigs des Vierzehnten und Napoleons gezogen hat. Er antwortete unter Vermeidung persönlicher Angriffe mit einem akademischem Vortrag, der in knapper Form die Resultate seiner Geschichtsstudien enthüllt. Es wäre sehr interessant, darauf einzugehen, und nicht seltener, anderes Material und andere historische Taten vorzubringen. Aber unter Blick ist jetzt mehr auf die Gegenwart gerichtet, und auf die Note, die heute oder morgen in London landen wird.

Die englische Note, die der Welt die Vertragswidrigkeit der Ruhrbesetzung klar machte, hat einen hohen moralischen Wert. Ihre Verfasser sagen sich gewiß auch, daß man die auf Saffir der Korallen vertriebenste Jugend noch nicht rettet, wenn man protestierend an ihr steht. Die Politik Englands ist vielleicht — das ist durchaus möglich — an einem Wendepunkt angelangt. Ihr langsames Tempo aber und die Ungenehmigkeit, die diplomatische Aktion durch praktische Handlungen zu unterstützen, treffen den empfindlich, der die Last der Leiden trägt. Wir wissen, daß Baldwin die richtige Erkenntnis besitzt. Kurz vor zähle auf ein Ziel lossteuert und nur die Agitation der Konservativen und der von Rothemann geleiteten Massenpresse sie hemmt. Aber wenn die englischen Staatsmänner sich der inneren Gegerwartung wegen, auf ein diplomatisches Schachspiel, das eine edle Kunst ist, beschränken, können schwere Erschütterungen eintreten und auch ihre Schachfiguren durcheinander fallen. Als neulich im Unterhause der Arbeiterführer Ramsay Mac Donald sagte, daß man Deutschland Kredite geben müsse, wie Herr Chamberlain sofort diesen Vorhang entrüstet zurück. Man wird auf alle Ausflüchte, die Balance of powers jemals wieder herzustellen, verzichten müssen, wenn man nicht die notwendigen Mittel anwenden will. Mit Ausnahme der paar Kontinentalpolitiker, die grundsätzlich ein Zusammengehen mit Frankreich verlangen, besteht in Deutschland im allgemeinen der Wunsch, die Weiterentwicklung der englischen Politik abzuwarten zu können. Auch die Antipathie gegen den Völkerverbund wollen wir in des Büfens Tiefe juridischen und wenn uns der Stih im Rate gesichert wäre, so könnte man den Eintritt in Ermüdung gehen. Aber kann der Völkerverbund die Franzosen zum Abmarsch aus dem Ruhrgebiete zwingen? Wird er uns die Möglichkeit geben, unsere total zerrüttete — durch die zu lange Schonung der kapitalistischen Kreise und den Verzicht auf jede Finanzierung des passiven Widerstandes total zerrüttete — Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen? Herr Poincaré sieht, daß diese lange sich hinziehende englische Prozedur, ob ihre nächste Etappe nun die Annexion des Völkerverbundes oder die Einberufung einer Konferenz von Sachverständigen sein mag, die Lage des deutschen Volkes vorläufig nicht erleichtert, und richtet danach seine Laßt ein. Er ist durchaus aufrichtig, wenn er in Charleville den englischen Alliierten warmtönig zuruft — denn er möchte über England triumphieren und den Bruch doch vermeiden — aber gleichzeitig sendet er, weniger herrlich als bisher, einladende Winke nach Berlin. Wir können bedauerlicherweise einstweilen nicht glauben, daß er auf eine annehmbare Verständigung ausgeht und für eine Verständigung des passiven Widerstandes die deutschen Gegenforderungen zu erfüllen gedenkt. Wir müssen weit eher mit seiner Politik rechnen, uns von England zu trennen. Indessen, sollte die Note des Herrn Poincaré Anknüpfungspunkte enthalten, die in seiner Rede nicht sichtbar wurden, so würde die deutsche Regierung immerhin den Versuch machen können, auf geeignetem Wege vollständige Klarheit zu gewinnen. Sie wird sich nur nicht auf den Weg schieben lassen dürfen, der als Weg zwischen zwei Stühlen mit Recht verurteilt ist. Deutlich und vernehmbar muß auch immer der Grundfals betont werden, daß die Reparationsfrage nicht nur zwischen uns und zwei Mächtern schwelt, sondern eine Angelegenheit aller beteiligten Vertragsmächte bleibt. Das ist nicht nur eine Formalität.